

Lukas Kaelin, Andreas Telser,
Ilaria Hoppe (Hg.)

Bubbles & Bodies

Neue Öffentlichkeiten
zwischen sozialen Medien
und Straßenprotesten



[transcript] Edition Kulturwissenschaft

Aus:

Lukas Kaelin, Andreas Telser, Ilaria Hoppe (Hg.)

**Bubbles & Bodies – Neue Öffentlichkeiten
zwischen sozialen Medien und Straßenprotesten
Interdisziplinäre Erkundungen**

März 2021, 276 S., kart., 5 Farbbabb., 1 SW-Abb.

45,00 € (DE), 978-3-8376-5020-4

E-Book:

PDF: 44,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5020-8

»Öffentlichkeit« ist umstritten und umkämpft und sie scheint einem beschleunigten Wandel zu unterliegen. Soziale Medien bieten in Echtzeit jedem die Möglichkeit zur politischen Teilhabe. »Verkörperte« Versammlungen fordern verstärkt die Politik heraus, doch ohne die virtuellen »Bubbles« und die materiellen »Bodies« ist die gegenwärtige Öffentlichkeit nicht mehr zu denken. Die Beiträger*innen des Bandes thematisieren unterschiedliche Aspekte dieser neuen Öffentlichkeit und untersuchen besonders die Relevanz von Körpern, Bildern und hybriden Medien sowie deren ökonomische Bedingungen. Mit Perspektiven aus der Philosophie, der Theologie und der Kultur- und Kunstwissenschaft geht es um eine Neubestimmung gegenwärtiger Öffentlichkeit.

Lukas Kaelin, geb. 1974, ist Philosoph und Medizinethiker an der Katholischen Privat-Universität Linz. Er studierte in München und London und promovierte zu Theodor W. Adornos Gesellschaftstheorie. Sein Habilitationsprojekt befasst sich mit dem medialen Wandel gegenwärtiger Öffentlichkeit.

Andreas Telser, geb. 1966, ist Systematischer Theologe an der Katholischen Privat-Universität Linz. Er studierte in den USA und promovierte zu David Tracys Öffentlicher Theologie.

Ilaria Hoppe, geb. 1968, ist Professorin für Kunst in gegenwärtigen Kontexten und Medien an der Katholischen Privat-Universität Linz. Sie forscht und lehrt insbesondere zu Kunst im öffentlichen Raum und Urban Art. Sie studierte und promovierte in Düsseldorf, Florenz und Berlin zum Verhältnis von Geschlecht und Raum in der Frühen Neuzeit.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5020-4

© 2021 transcript Verlag, Bielefeld

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

Einleitung

<i>Lukas Kaelin, Andreas Telser, Ilaria Hoppe</i>	9
---	---

Überlegungen zu einem zeitgemäßen Öffentlichkeitsverständnis

Performativität, Differenz und Kritik

Für einen neuen Begriff der (politischen) Öffentlichkeit

<i>Michael Reder</i>	19
----------------------------	----

Welche Öffentlichkeit? Wessen Forum?

Theologische, sozialphilosophische und medientheoretische
Reflexionen zur Öffentlichkeit Öffentlicher Theologie

<i>Florian Höhne</i>	39
----------------------------	----

Bubbles – Bedingungen digitaler Öffentlichkeit

Politische Allmende

Aspekte der gegenwärtigen Öffentlichkeit

<i>Lukas Kaelin</i>	61
---------------------------	----

CROWD and ART

Über die Logik vernetzter Beteiligungsmodelle

<i>Manuela Naveau</i>	79
-----------------------------	----

Filterblasen als postmodern modelliertes Öffentlichkeitsphänomen

Eine Analyse mithilfe der Theorien Jean-François Lyotards
und Friedrich Kittlers

Calvin Kiesel 99

Bodies – Körper im Raum

Sakramentale Körper

Vom christlichen Beitrag zu einer kritischen *theoria* der Kultur

Mirja Kutzer 123

Under Construction

Fragile Räume

Romana Hagyo 151

Wer erscheint in der Öffentlichkeit?

Ein mikropolitische Ansatz im Kontext der Migrationsdebatte

Maria Robaszkiewicz 169

Öffentlichkeit und Praktiken

Zur Legitimität zivilen Ungehorsams

Das Aufbegehren gegen prekäre Lebensbedingungen
aus rechtsphilosophischer Sicht

Dominik Harrer 193

Digitaler ziviler Ungehorsam und transnationale Öffentlichkeiten

Wulf Loh 217

Bubbles müssen nicht digital sein

Kollektive Räume zwischen Safe Space, Insel und Öffentlichkeit

Xenia Kopf 251

Zu den Autor*innen 271

Einleitung

Lukas Kaelin, Andreas Telser, Ilaria Hoppe

Öffentlichkeit ist verstärkt umstritten und umkämpft. Die gesellschaftspolitischen Veränderungen widerspiegelnd wird sie in unterschiedlicher Rücksicht im wörtlichen Sinn fragwürdig, da sich Träger und Regeln des öffentlichen Diskurses verändern. Dieses Fragwürdig-Werden geht ins Grundsätzliche: Was ist überhaupt Thema und Gegenstand der Öffentlichkeit und was findet in der öffentlichen Auseinandersetzung statt? Öffentlichkeit ist stets gebunden an *materielle*, d.h., mediale, soziale, politische und ökonomische Voraussetzungen. Durch die immense Erweiterung technischer Möglichkeiten (Digitalisierung, Beschleunigung, Mobilisierung, Multimedialisierung), das Schwinden gesellschaftlicher Kohäsion (Heterogenisierung der Bevölkerung), die Ausdehnung politischer Entscheidungsstrukturen (Europäisierung und Globalisierung) und ökonomischer Deregulierungen (Neoliberalismus) hat sich das, was unter Öffentlichkeit verstanden wird, in den letzten Jahren stark gewandelt.

Es sind vor allem zwei sich wechselseitig bedingende und teilweise verstärkende Phänomene, die im letzten Jahrzehnt die Öffentlichkeit geprägt haben und für diesen Band titelgebend sind: Mit den *Bubbles* sind die Veränderungen der Öffentlichkeit durch *social media* angezeigt, mit den *Bodies* die Wiederkehr von verkörperten Versammlungen in Form von Demonstrationen, die zunehmend transnational und global in Erscheinung treten. In den politischen Umbrüchen, mit denen sich globalisierte Gesellschaften konfrontiert sehen, spielen soziale Medien *und* verkörperte Versammlungen eine zentrale Rolle. Das reicht von über die sozialen Medien organisierten Demonstrationen wie beim ›arabischen Frühling‹ (2010f.) bis zu den weltweiten Straßenprotesten gegen Rassismus im Zuge der Ermordung von George Floyd (2020). Aber auch in der klassischen Öffentlichkeit und Öffentlichkeits-theorie marginalisierte Phänomene, wie Menschen auf der Flucht vor Krieg

und Hunger, sind beispielhaft für das Zusammenspiel von gemeinschaftlicher körperlicher Präsenz und Organisation über soziale Medien.

Die neuen digitalen Kommunikationsformen wirken dabei unterschiedlich auf die traditionelle durch die Massenmedien vermittelte Öffentlichkeit ein. Einige Merkmale sollen an dieser Stelle genügen, um die Veränderung der Öffentlichkeit kenntlich zu machen. Soziale Medien sind, erstens, nicht mehr in gleicher Form an nationalstaatliche Grenzen gebunden; damit können lokale Ereignisse schnell verbreitet werden und globale Bedeutung gewinnen. Dies haben nicht zuletzt die bereits genannten Beispiele gezeigt. Zweitens ermöglichen soziale Medien eine hybride Bearbeitung und Vermischung unterschiedlicher Inhalte, die ohne traditionelle Gatekeeper beschleunigt geteilt werden können. Dies führt, drittens, häufig zu einer raschen Emotionalisierung der Beteiligten in Form von Betroffenheit und Empörung. Damit einher gehen hinreichend bekannte Phänomene wie ›Shitstorms‹ oder ›Hass im Netz‹. Die sozialen Medien öffnen allerdings auch neue Möglichkeiten für den politischen Protest und seine Mobilisierung.

Das zweite Phänomen, das auf die Öffentlichkeit und ihre theoretischen Konzeptualisierungen wirkt, ist die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber den verkörperten Formen der Versammlung. Stets sind es Anordnungen körperlicher Proteste, die Missstände anklagen, Veränderungen fordern und selber ein Agens demokratischer Organisation darstellen. Performative Proteste tendieren dazu, grenzüberschreitend zu sein und weitere zu initiieren, so dass schnell regionale oder gar globale Phänomene entstehen. Schließlich stellt auch die Flucht nach Europa vor Bürgerkrieg und politischer Instabilität (»Flüchtlingskrise«) von 2015 ein öffentliches Phänomen im Sinne einer grenzüberschreitenden transnationalen körperlichen Demonstration dar.

Öffentlichkeit konstituiert sich so oft in einem Wechselspiel von *Bubbles* und *Bodies*: Die sozialen Medien spielen eine wichtige Rolle in der Verbreitung von Informationen und Emotionen, aber erst im Zusammenspiel mit den verkörperten Formen des Protests gewinnen sie politisches Gewicht, das Veränderungen anstößt, die letztendlich Geschichte schreiben. Zugleich sind die sozialen Medien von Demonstrationen als Mittel der Verbreitung, Inszenierung und Organisation nicht mehr wegzudenken. So gehören beide Elemente notwendigerweise zur Art und Weise dazu, wie sich Öffentlichkeit konstituiert. Die interdisziplinär-wissenschaftliche Reflexion dieser Aspekte für ein erweitertes Verständnis von Öffentlichkeit und Öffentlichkeitstheorien fruchtbar zu machen, ist das Anliegen dieses Bandes.

Ausgangspunkt für diese Reflexion ist der diskurstheoretische Rahmen, in dem die Öffentlichkeitstheorie vielfach konzipiert wird. Der von Jürgen Habermas im *Strukturwandel der Öffentlichkeit*¹ paradigmatisch entwickelte und später in *Faktizität und Geltung*² wesentlich modifizierte Begriff der Öffentlichkeit bildet nach wie vor den Hintergrund eines Großteils der wissenschaftlichen Diskussion. Im *Strukturwandel* wird Öffentlichkeit ideengeschichtlich unter Rückgriff auf Kant, Hegel und Marx als bürgerliche Kategorie entwickelt, die das Versprechen der Aufklärung politisch insofern einlösen soll, als die Herrschaft von gottgegebener Autorität durch jene der Vernunft abgelöst wird. Im Erstreiten von Öffentlichkeit gegenüber bis dahin im Geheimen stattgefundenen feudalstaatlichen Prozessen vollzieht sich die bürgerliche Emanzipation. Im *Strukturwandel* wird dieser Anspruch als umfassende Form der politischen Selbstbestimmung konzeptualisiert; im späteren Werk von Habermas wird unter dem Einfluss der Luhmann'schen Systemtheorie die Rolle der Öffentlichkeit in eine funktional differenzierte Gesellschaft eingebettet und damit eingegrenzt. Hier ist die Aufgabe der durch zivilgesellschaftliche Akteure verstärkten Öffentlichkeit, lebensweltliche Probleme zu artikulieren und dem politischen System zuzuführen. Es ist die Aufgabe des politischen Systems eine Lösung zu finden. Dadurch nimmt Habermas Abstand vom radikaldemokratischen Anspruch der Öffentlichkeit. Dieser Zugang bildet die häufig implizite Hintergrundfolie, die in diesem Band in verschiedenen Beiträgen beleuchtet, modifiziert und kritisiert wird.

Tatsächlich wird in dieser Perspektive die lange Vorgeschichte des Begriffs der Öffentlichkeit ausgeblendet, die an dieser Stelle nicht umfassend dargestellt werden kann. Es sei schon wegen den hier versammelten Beiträgen an John Dewey und Hannah Arendt erinnert. Anstatt wie Habermas die Öffentlichkeit vis-à-vis dem Staat zu verstehen, ist für Dewey Öffentlichkeit mit dem Staat identisch bzw. bilden die Öffentlichkeit und die gewählten Vertreter*innen den Staat.³ Aus dem kooperativen Handeln und den daraus unweigerlich resultierenden Problemen entsteht die Öffentlichkeit, deren Aufgabe darin

1 Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt: Suhrkamp, 1990. Erstmals veröffentlicht 1962 im Luchterhand Verlag, Neuwied.

2 Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung*, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt: Suhrkamp, 1992.

3 Dewey, John: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Aus dem Amerikanischen von Wolf-Dieterich Junghanns, Bodenheim: Philo, 1996.

besteht, diese Kooperationsprobleme einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Die primäre Frage der Öffentlichkeit entsteht für Dewey am Übergang von einer kleinräumigen Gemeinschaft zu einer großen Gesellschaft mit der damit einhergehenden Vergrößerung des Machtgefälles, der gestiegenen Bedeutung der Informationsbeschaffung und der Erosion des Gemeinschafts-sinnes. Öffentlichkeit ist dann primär ein intellektuelles Problem, weil es mit komplexer werdenden politischen Gemeinschaften schwieriger wird, die Folgen von kooperativem Handeln abzusehen und den Verursachern zuzuschreiben.

Während mit Dewey die Öffentlichkeit pragmatisch als grundsätzliches Phänomen politischer Gemeinschaften nicht bloß als funktionaler Gegenspieler zu politischen Entscheidungsträgern verstanden wird, betrachtet Hannah Arendt Öffentlichkeit in anthropologischer Hinsicht. Mit Hannah Arendt (und auch später mit Volker Gerhardt) ist Öffentlichkeit ein soziales Phänomen, das zumindest bis ins antike Griechenland zurückreicht – und keineswegs bloß eine Kategorie der neuzeitlichen bürgerlichen Gesellschaft.⁴ Öffentlichkeit wird zu einem wesentlichen Aspekt menschlicher Existenz; sie konstituiert sich aus der Polarität zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Öffentlichkeit hat mit einem Sich-zeigen und Sich-aussetzen im gemeinsamen Raum der Bürger*innen zu tun; sie lebt von der Anerkennung der Bürger*innen als Freie und Gleiche und ist verbunden mit der republikanischen Bereitschaft, diesen gemeinsamen Raum zu gestalten. Damit erfüllt die Öffentlichkeit mehr als eine kritische Funktion gegenüber politischen Strukturen, es geht bei ihr um eine bestimmte menschliche Lebensform.

Schließlich betont ein bedeutender Strang in der gegenwärtigen Öffentlichkeitstheorie – in kritischer Absetzung zu den liberalen Theorien von John Rawls und Jürgen Habermas – den antagonistischen bzw. agonistischen Charakter der Öffentlichkeit. Chantal Mouffe, die in der gegenwärtigen Diskussion diese Position prominent vertritt, hebt die hegemoniale Konfiguration des Politischen hervor, die stets das Resultat von (vergangenen) Auseinandersetzungen ist und immer Merkmale von Exklusion, Konflikt und Gegnerschaft aufweist.⁵ In der Öffentlichkeit geht es daher nicht um kontrafaktische Herrschaftsfreiheit und zu erzielenden Konsens, sondern um ein radikales Streiten um die Bedeutung und politische Umsetzung von Freiheit und

4 Arendt, Hannah: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München: Piper, 1981.

5 Vgl. zum Beispiel Mouffe, Chantal: *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Aus dem Amerikanischen von Richard Barth, Berlin: Suhrkamp, 2014.

Gleichheit als den zentralen Grundwerten moderner Gesellschaften. Rationale Argumente sind dann nicht der Kern der Öffentlichkeit, sondern ebenso bedeutsam sind (Gruppen-)Identifikationen, Leidenschaften und Gegnerschaft. Die Rede von einem kontrafaktischen herrschaftsfreien Diskurs, in dem einzig rationale Argumente zählen und der auf Konsens abzielt, verschleierte die tatsächlichen sozialen Ausschlussmechanismen und die Irreduzibilität unterschiedlicher weltanschaulicher Überzeugungen. Die agonistische Öffentlichkeitskonzeption betont daher stets die umstrittene und machthaltige Form des öffentlichen Diskurses.

Öffentlichkeit dient also maximal als die Art und Weise, wie Bürger*innen über sich selbst politisch bestimmen – etwa im republikanischen Modell, wie es von Hannah Arendt entwickelt wurde, oder wie es sich bei John Deweys Herleitung der Öffentlichkeit aus dem Bedürfnis der Regulierung indirekter Handlungsfolgen zeigt; oder sie wird in funktional-prozeduralistischer Form verstanden, um lebensweltliche Probleme in das politische System einspeisen zu können. Somit besteht Uneinigkeit über die normativen Erwartungen und die demokratiepolitische Bedeutung der Öffentlichkeit. Während Öffentlichkeit also stets eine deskriptive und eine normative Ebene hat, so ist strittig, welche Werte – Konsens oder Dissens, rationaler Diskurs oder leidenschaftliche Auseinandersetzung, Inklusion oder hegemoniale Konfiguration – idealerweise die Öffentlichkeit prägen sollen. Ebenso sind die Entstehungsbedingungen der Öffentlichkeit umstritten; während Jürgen Habermas Öffentlichkeit explizit als bürgerliche Kategorie und damit als Produkt der Aufklärung versteht, konzeptualisiert sie Volker Gerhardt als anthropologische Grundkategorie.⁶ Somit wird an der Schnittstelle von Philosophie und Soziologie, von Politik- und Medienwissenschaft verstärkt nach dem Wandel der Öffentlichkeit gefragt.

Vor diesem theoretischen Hintergrund wird Öffentlichkeit im Kontext unseres Bandes zum Thema. Die titelgebenden Begriffe *Bubbles* und *Bodies* leiten dabei die kritische Auseinandersetzung, denn sowohl mit Blick auf die Medien der analogen und digitalen Kommunikation wie auch auf die *embodied forms* von Öffentlichkeit bleiben deren – in mehrfachem Sinn – *materiellen* Bedingungen häufig nicht hinreichend reflektiert. Ausgangspunkt unserer Überlegungen über die virtuellen wie verkörperten Formen von Öffentlichkeit ist das Zusammenspiel von mindestens drei wissenschaftlichen Feldern mit

6 Gerhardt, Volker: Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München: Beck, 2012.

ihren je historischen Dimensionen: Im Ringen um das, was für alle gelten soll, eröffnet die Philosophie das Gespräch. Dem, was in der Sprache zu kurz kommt oder nicht sagbar ist, verschafft die Kunstwissenschaft ›Sichtbarkeit‹. Der Religion, die auf Quellen von öffentlicher Relevanz rekurrieren kann, verleiht die Theologie eine Stimme. Die hier versammelten Beiträge zeugen vom Dialog über die Öffentlichkeit in interdisziplinärer Perspektive. Dabei eint sie die Befragung der Grenzen des diskurstheoretischen Öffentlichkeitsbegriffs sowie der Versuch, seine materiellen und medialen Implikationen zu berücksichtigen.

Dies zeigt sich an den einleitenden Beiträgen von Michael Reder und Florian Höhne. Michael Reder stellt in seinem Beitrag in Anlehnung an Judith Butler Performativität ins Zentrum. Damit wird der Emotionalität öffentlicher Auseinandersetzung wie auch der Verkörperlichung in Protesten Rechnung getragen und gegen eine Engführung des Öffentlichen auf ein rationales Deliberationsverfahren argumentiert. Diese ins Soziale hineinreichende Weitung des Öffentlichkeitsverständnisses kann damit die Dynamik von gegenwärtigen politischen Bewegungen besser konzeptionell fassen. Florian Höhnes Beitrag schließt daran insofern an, als er die medialen blinden Flecken von Öffentlichkeitstheorien hervorstreicht und mit Bezug auf praxistheoretische Reflexionen die gegenwärtige Transformation der Öffentlichkeit in den Blick nimmt. Der Rückbezug auf stets materiell gebundene Praktiken deutet die Öffentlichkeit nicht primär als Kommunikationszusammenhang, sondern als Abfolge von materiell und medial vermittelten Praktiken. Aus Sicht der Theologie (jedoch nicht auf sie beschränkt) lässt sich daraus der Appell ableiten, nicht blind einem kontextenthebenden idealisierten Öffentlichkeitsverständnis anzuhängen, sondern Öffentlichkeit durch konkrete Praktiken jeweils herzustellen.

Den Bedingungen der digitalen Öffentlichkeit gehen Manuela Naveau, Calvin Kiesel, und Lukas Kaelin nach. Dabei zeigen sich die von Naveau vorgestellten künstlerischen Positionen als Vorreiter der immer noch virulenten Diskussion um Partizipation als politischer Teilhabe, die das Internet in seiner Anfangszeit neu und scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stellte. Calvin Kiesel stellt das viel diskutierte Phänomen der Filterblase dezidiert in den Kontext der Postmoderne. Filterblasen gehorchen der von Lyotard und Kittler beschriebenen Logik postmoderner Informationsflüsse, die nicht mehr in einem emphatischen Begriff der Öffentlichkeit aufgehoben sind; vielmehr sind unauflösbare Pluralität, Selbstreferentialität und Fragmentierung wesentliche Merkmale postmoderner Öffentlichkeiten. Lukas Kaelin fragt nach der

gegenwärtigen medialen Transformation der Öffentlichkeit unter Verwendung des theoretischen Konzepts der Allmende, also eines gemeinsam zu bewirtschaftenden und kultivierenden Allgemeingutes. Wie eine Allmende der Kooperation und Kultivierung bedarf, so ist auch die politische Öffentlichkeit nicht bloß als distanzierteres Verfahren zur Meinungsbildung im Vorfeld parlamentarisch legitimierter Entscheidungen zu verstehen, sondern hängt von der konkreten Art und Weise der gemeinschaftlichen ›Bestellung‹ ab.

Der Abschnitt zu den *Bodies* bzw. den verkörperten Formen von Öffentlichkeit führt die Bedeutung ihrer Anwesenheit wie auch die Problematik ihrer Abwesenheit ganz grundsätzlich und besonders im Kontext von Migration vor Augen. Diese in mehrfacher Hinsicht grenzüberschreitenden Bewegungen und deren Problematik tritt in den von Romana Hagyo vorgestellten künstlerischen Performanzen deutlich hervor. Im Kontext von Krieg, Flucht und Vertreibung wird das verlorene Private zum öffentlichen Thema. Damit wird die oft mit Geschlechternormen einhergehende Grenze zwischen öffentlich und privat zum Verschwimmen gebracht und zugleich Privatheit als Qualität postuliert. Auch Mirja Kutzer und Maria Robaszkievicz machen sich auf die Suche nach Humanität im Kontext von Migration und digitaler Inszenierung von Körpern. Dem Christentum sind bei aller Ambivalenz gegenüber Leiblichkeit die Diskurse über den Körper tief eingeschrieben. Mirja Kutzer gewinnt aus einer kritischen Relektüre der Vielschichtigkeit dieser Tradition Ressourcen, um dem fetischisierten, digital geschönten Bild die Berührbarkeit und Verletzlichkeit des Leibs entgegenzustellen. Nicht zuletzt sind es gebrochene, geschundene Körper, an und in denen Heil vermittelt wurde und wird.

Maria Robaszkievicz wirft mit einer Arendt'schen Konzeptualisierung der Öffentlichkeit die Frage auf, wer darin überhaupt vorkommen kann, vor allem in Bezug auf Menschen in der Migration. So wird deren Machtlosigkeit durch die Verunmöglichung des Erscheinens in der Öffentlichkeit verstärkt. Dem stellt Robaszkievicz mit Bezugnahme auf Jeffrey Goldfarb die Bedeutung der ›kleinen Dinge‹ entgegen, die einerseits in alle politische Großereignisse hineinverwoben und an denen andererseits gerade auch Migrant*innen beteiligt sind. Dabei bleibt die Rolle des Körpers essentiell und die Möglichkeit eines rein virtuellen, körperlosen Handelns beschränkt und ambivalent.

Daran schließen die Beiträge von Dominik Harrer, Wulf Loh und Xenia Kopf an, welche die Möglichkeiten resilienter Praktiken ausloten. Kopf zeigt am Beispiel sogenannter ›autonomer Zentren‹ die Konstituierung von Grup-

pen, welche sich vom Staat und der öffentlichen Meinung sowohl politisch als auch konkret räumlich distanziert haben. In diesen zumeist temporären Gemeinschaften werden Fragen von Beteiligung und Ausschluss, Gender und Machtverhältnissen verhandelt und erstritten – langfristig wirken diese Prozesse auf die Öffentlichkeit im Großen und verändern sie. Wulf Loh widmet sich in seinem Beitrag dem digitalen zivilen Ungehorsam und fragt nach dessen Funktion speziell für transnationale Öffentlichkeiten. Entscheidend für die Argumentation ist dabei ein an Kriterien orientierter Vergleich von traditionellen Formen zivilen Ungehorsams mit seinem digitalen Äquivalent. Angesichts der wachsenden Bedeutung transnationaler Öffentlichkeiten zur Kontrolle politischer Prozesse wird dem digitalen zivilen Ungehorsam – Leaking als ein prominentes Beispiel – eine wichtige Rolle zugesprochen und für seine Entkriminalisierung argumentiert. Während Loh den zivilen Ungehorsam aus der liberalen Perspektive von John Rawls analysiert, widmet sich Dominik Harrers Beitrag dem Aufbegehren gegenüber prekären Lebensbedingungen aus radikaldemokratischer Sicht. Dezidiert aus einer Perspektive der Vulnerabilität, der Prekarisierung und des Ausgeschlossen-Seins argumentierend, zeigt sich für Harrer im zivilen Ungehorsam eine wichtige emanzipative Kraft. Jene, die zivil ungehorsam sind, um dadurch Ausgeschlossenen zu ihrem Recht zu verhelfen, können sich auf Hegels Rechtsphilosophie und eine Weltordnung in Freiheit berufen.

In allen Beiträgen spiegelt sich ein zentrales Anliegen der Herausgeber*innen wider, nämlich den vor unser aller Augen statthabenden *Strukturwandel der Öffentlichkeit* aus *interdisziplinärer* Perspektive darzustellen und kritisch zu diskutieren. Dabei ist uns bewusst, dass Öffentlichkeit als Diskurs, Theorie und manifester Raum steten Veränderungen unterliegt. Während der Redaktion des Bandes hat uns der Lockdown in die Privatheit des Homeoffice getrieben, wo wir umso stärker unserer digitalen Vernetztheit mit ihren Möglichkeiten und Grenzen ausgeliefert waren. In Zeiten, in denen körperliche Versammlungen als bedrohlich gelten, zeigt sich zugleich ihre unverzichtbare Bedeutung. So versteht sich dieser Band als Ergebnis von interdisziplinären Diskussionen, die auf der Tagung »*Bubbles & Bodies. Zur materiellen Basis der Öffentlichkeit*« 2018 begonnen haben, und die mit dem veränderten Untertitel »*Neue Öffentlichkeiten zwischen sozialen Medien und Straßenprotesten*« eine Richtung zukünftiger Forschung eingeschlagen hat, bei der die materiellen Bedingungen der Öffentlichkeit mehr Relevanz bekommen.

Performativität, Differenz und Kritik

Für einen neuen Begriff der (politischen) Öffentlichkeit

Michael Reder

1. Die gegenwärtigen Transformationen der Öffentlichkeit

In vielen Demokratiemodellen spielt die Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Sie wird meist als der Ort verstanden, an dem Menschen gesellschaftlich relevante Themen hörbar machen und in den politischen Diskurs einspeisen. Öffentlichkeit wird dabei unterschiedlich konzeptualisiert: Sie ist entweder Teil des politischen Raums jenseits des Privaten, das Korrektiv zu Staat und Wirtschaft oder aber der virale Motor des Politischen selbst. In vielen Modellen wird Öffentlichkeit als ein sprachliches Geschehen gefasst. Ja, mehr noch: Öffentlichkeit wird als ein rationaler Diskurs verstanden, in dem Argumente ausgetauscht, politische Lösungen für gesellschaftliche Probleme gesucht und dann an das politische System weitergegeben werden.

Der politische Alltag der vergangenen Jahre hat vor Augen geführt, dass der Öffentlichkeit in der Tat eine zentrale Rolle im Feld des Politischen zukommt. Allerdings werden traditionelle Öffentlichkeitstheorien von den aktuellen Entwicklungen mehr und mehr in Frage gestellt, und dies in mehrfacher Hinsicht: Öffentlichkeit besteht, erstens, nicht (mehr) nur aus dem Austausch rationaler Argumente, sondern nimmt komplexe Mischformen reflexiver und emotionaler Äußerungen und Verhaltensweisen an. Zweitens wird deutlich, dass die Öffentlichkeit kein abstrakter Diskurs ist, sondern immer auch konkrete körperliche Formen annimmt, die eine enorme politische Wirkung entfalten können – angefangen von *Occupy* über den Arabischen Frühling bis hin zu *Fridays for Future*. Drittens steigt in postmodernen Gesellschaften die Proliferation von Akteuren und Orten der Öffentlichkeit massiv an. Dies hat sowohl mit der Digitalisierung zu tun, die eine Vielzahl an hybriden Formen des Öffentlichen hervorbringt, als auch mit der Globalisierung, durch die vielfältige transnationale und transkulturelle Formen des Öffentlichen entstehen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu fragen, welche Modelle jenseits traditioneller Konzepte von Öffentlichkeit geeignet sind, diese jüngeren Entwicklungen begrifflich zu erfassen und zu reflektieren. Hierzu ist zuerst eine Analyse der traditionellen Öffentlichkeitskonzepte und ihrer (teils problematischen) Implikationen wichtig (2). Im Anschluss daran werden poststrukturalistische Modelle von Öffentlichkeit untersucht. Die Leitfrage dabei ist, inwiefern diese Ansätze die aufgezeigten Probleme übersteigen und alternative Perspektiven auf die aktuellen Transformationen des Öffentlichen eröffnen können. Als zentrale Referenzautorin wird Judith Butler herangezogen, die gerade in der Verschränkung sozial- und politisch-philosophischer Argumente in den vergangenen fünfzehn Jahren wichtige Beiträge zu dieser Diskussion geliefert hat (3). Ein abschließendes Fazit beendet den Beitrag (4).

2. Merkmale traditioneller Modelle von Öffentlichkeit und ihre Probleme

Der Begriff der Öffentlichkeit ist insbesondere seit der Aufklärung verstärkt in philosophische Debatten aufgenommen wurden. Autoren wie Immanuel Kant haben das Konzept der Öffentlichkeit als Ort des vernünftigen Austausches von Meinungen für moderne Gesellschaften in philosophischer Hinsicht Grund gelegt.¹ Zu einem Kernbegriff philosophischer Gesellschafts- und Demokratietheorie ist er allerdings erst im 20. Jahrhundert geworden. Dies ist ganz unterschiedlichen Autor*innen zu verdanken, beispielsweise den Arbeiten von John Dewey, Hannah Arendt oder Jürgen Habermas.²

Wichtige Bausteine dieser philosophiegeschichtlichen Debatten sind, erstens, die Betonung des wechselseitigen Verhältnisses von Öffentlichkeit und Demokratie. Damit wird von verschiedenen philosophischen Theorien betont, dass Demokratie notwendig auf eine politische Öffentlichkeit ange-

1 Vgl. Kant, Immanuel: Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften, Hamburg: Meiner 1999.

2 Vgl. Dewey, John: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Braunschweig u.a.: Westermann 1964; Arendt, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München/Zürich: Piper 2002; Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand 1962.

wiesen ist.³ Wenn Öffentlichkeit an Vitalität verliert oder stark reglementiert wird, droht die Demokratie als Ganze pathologische Züge anzunehmen, so die implizite Annahme. Zweitens wurde in einer historischen Perspektive der Strukturwandel von Öffentlichkeit, insbesondere von Habermas, in seinen verschiedenen Facetten philosophisch rekonstruiert – angefangen von den Frühformen bürgerlicher Gesellschaften in der Aufklärung, über pathologische Verzerrungen moderner Öffentlichkeit durch Ökonomisierung und Kommerzialisierung bis hin zu den normativen Potenzialen und politischen Funktionen ausdifferenzierter Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Öffentlichkeit als philosophisches Konzept lässt sich vor dem Hintergrund dieser Debatten des 20. Jahrhunderts unterschiedlich konzeptualisieren. Entweder wird ein soziologisch bzw. politikwissenschaftlich orientierter Zugang zur Konzeptualisierung von Öffentlichkeit gewählt. Dann ist die Öffentlichkeit vor allem der Ort des Austausches von nicht-privaten Äußerungen, der demokratisch-rechtsstaatlich gerahmt wird. Als öffentlicher Raum wird er meist als ein Gegenüber zu den offiziellen politischen Institutionen verstanden, teilweise auch als ein Gegenüber zur ökonomischen Sphäre.

Ein zweiter Zugang geht stärker von den Inhalten öffentlicher Debatten aus und versteht Öffentlichkeit als die Gesamtheit der Meinungen der Bürger*innen, die in gesellschaftliche Debatten eingebracht werden und die gleichzeitig auf der Hörer*innenseite von allen Bürger*innen als Diskursbeiträge wahrgenommen werden können. Dabei wird Öffentlichkeit meist als ein kommunikatives Geschehen verstanden. Besonders in der von Habermas geprägten Interpretation wird das Konzept von Öffentlichkeit zudem oftmals aus einer normativen Perspektive heraus erklärt.⁴ Die öffentlichen Diskurse, so das implizite Argument, sind im Kern erst dann der Öffentlichkeit zuzurechnen, wenn sie einem bestimmten Ziel genügen, nämlich der Orientierung hin auf ein humanes Zusammenleben der Menschen. Mit Begriffen wie Gemeinwohlorientierung oder Ausrichtung an Gerechtigkeit werden dann die Akteure beschrieben, die diese normativen Ziele der Öffentlichkeit verfolgen.

3 Vgl. im Folgenden: Reder, Michael: »Öffentlichkeit und Liberalismus. Eine pragmatische Neubestimmung anhand des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Religion«, in: Judith Könemann/Saskia Wendel (Hg.): Religion, Öffentlichkeit, Moderne. Transdisziplinäre Perspektiven, Bielefeld: transcript 2016, S. 227-256.

4 Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992.

In einigen Debatten fällt diese normative Orientierung besonders auf, vor allem wenn als Akteure der Öffentlichkeit fast nur noch (bestimmte) Nichtregierungsorganisationen genannt werden (z. B. Amnesty International, Greenpeace usw.), die genau diesen normativen Zielen dienen. Damit verbunden ist bei an Habermas orientierten Ansätzen ein Rekurs auf das Konzept der kommunikativen Vernunft. Damit finden nur die Akteure der Öffentlichkeit in den philosophischen Überlegungen Beachtung, die im Sinne der kommunikativen Vernunft auf das bessere Argument unter Beteiligung aller betroffenen Bürger*innen und damit eine konsensual orientierte Konfliktlösung gesellschaftlicher Themen abzielen.

In der aktuellen Debatte erweitert Volker Gerhardt⁵ diese Perspektive, insofern Öffentlichkeit als gesellschaftliches Bewusstsein interpretiert wird. Menschliches Bewusstsein, so Gerhardt, ist niemals nur individuell, sondern immer auch sozial und politisch, wenn es sich äußert. Der Mensch wird in dieser anthropologisch fundierten Deutung von Öffentlichkeit zum *homo publicus*. Die Öffentlichkeit wird räumlich wie sprachlich als der Ort gedeutet, an dem eine Gesellschaft ihren politischen Willen findet – auf der Basis der freien Meinungsäußerung aller Bürger*innen.

In den meisten skizzierten Ansätzen wird (im weitesten Sinne) Öffentlichkeit aus der Perspektive eines politischen Liberalismus interpretiert. Die Freiheit der Meinung und Handlungen der Bürger*innen fungiert dabei als philosophischer Ausgangspunkt. Damit verbunden ist zudem oft eine akteurszentrierte Perspektive, welche den Fokus auf bestimmte Akteure legt, welche die Öffentlichkeit prägen. In der komplementären Diskursperspektive geht es in der Öffentlichkeit um die Meinungsäußerungen eben dieser Akteure, wobei Meinungen als Teil eines (vernünftigen) politischen Prozesses verstanden werden.

Diese Modelle von Öffentlichkeit implizieren teils grundlegende Schwierigkeiten, von denen einige im Folgenden skizziert werden: Erstens wird von soziologischer, aber auch philosophischer Perspektive die Trennung von privat und öffentlich kritisiert, die vielen traditionellen Modellen von Öffentlichkeit zu Grunde liegt. Neue Kommunikations- und Informationstechnologien ermöglichen jedoch vielfältige Hybridformen, welche diese Grenze porös werden lassen, wenn nicht sogar auflösen. Die Beschreibung der Öffentlichkeit

5 Vgl. Gerhardt, Volker: Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München: C.H. Beck 2012.

muss daher an anderen Stellen ansetzen, als dies bislang der Fall gewesen ist, so der Vorwurf.⁶

Zweitens zeigt sich im öffentlichen Raum, der mehr und mehr in den traditionell privaten Bereich hineinreicht, eine enorme Heterogenität von Akteuren, Kontexten und Diskursformen. Eine solche plurale Differenzierung, die moderne Gesellschaften insgesamt, aber eben auch in hohem Maße die Öffentlichkeit betrifft, »umfasst alle Formen der Ausbildung unterschiedlicher sozialer Sinnwelten, die nicht auf der Ausdifferenzierung funktional spezialisierter Handlungssphären beruhen, sondern relativ unspezifisch Überzeugungen, Einstellungen und Erlebniswelten umfassen.«⁷ Die bisherigen Modelle von Öffentlichkeit suggerieren bei aller Betonung der Pluralität von Akteuren und Meinungen jedoch eine gewisse Homogenität, was sich insbesondere an den Analysen zu NGOs als Hauptakteure der Öffentlichkeit ablesen lässt. Diese Homogenität löst sich heute mehr und mehr auf.

Dabei trifft, drittens, die von Nancy Fracer schon vor 20 Jahren formulierte Kritik an vielen traditionellen Öffentlichkeitskonzepten nach wie vor zu.⁸ Der Öffentlichkeitsbegriff suggeriert nämlich, so ihr Argument, dass alle Bürger*innen gewissermaßen automatisch eine Möglichkeit zur Partizipation in diesem Bereich haben, was jedoch ein Trugschluss sei. Denn viele Menschen werden aus unterschiedlichen Gründen (z. B. Bildungsniveau, technisches Knowhow, finanzielle Möglichkeiten) von den öffentlichen Diskursen abgeschnitten. Dies gilt auch für den gegenwärtigen heterogenen Raum der Öffentlichkeit, auch wenn die Zugangsmöglichkeiten insgesamt sicherlich vielfältiger geworden sind.

Viertens zeigen gerade die Demonstrationen der letzten Jahre – angefangen von Pegida bis hin zu *Fridays for Future* –, dass die körperliche Präsenz nach wie vor eine zentrale Rolle für das Verständnis von Öffentlichkeit spielt. Dies zeigt sich gerade in Zeiten der COVID-19-Pandemie, in der körperliche Präsenz im öffentlichen Raum von vielen Menschen schmerzlich vermisst wurde. Genau dieser performative Vollzug der Meinungsäußerung in seiner körperlichen Verfasstheit wird aber von vielen traditionellen Konzeptionen, die auf den Austausch von Argumenten abzielen, oftmals vernachlässigt. Öffentlichkeit ist weniger die Summe rational sprechende Akteure, sondern die

6 Vgl. Phillips, Anne: *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg: Rotbuch 1995.

7 Peters, Bernhard: *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 95.

8 Vgl. Fracer, Nancy: *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Nationalstaates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001, S. 107-150.

sich performativ-körperlich manifestierende Versammlung, so das Gegenargument. Dabei kommt dieser performativen Konstitution des Demos eine zentrale Rolle zu, jedoch nicht (nur) im Sinne einer partizipativen Versammlung der Bürger*innen, sondern im Sinne eines Hörbarmachens derer, die ausgeschlossen (oder eben nicht hörbar) sind. Diese nicht anwesenden Menschen sollen durch den performativen Vollzug präsentisch gemacht werden – beispielsweise zukünftige Generationen durch die Präsenz von Schüler*innen auf der Straße. Diese Performativität konstituiert politische Bewegung erst und verändert sie in einem ständig fortwährenden Prozess. Öffentlichkeit schafft erst das Politische, aber nicht in einem einmaligen Schöpfungsakt oder durch einen rationalen Vertragsschluss, sondern durch einen fortlaufenden performativen Prozess der Differenz und Kritik.⁹

Schlussendlich ist eine Ausrichtung von Öffentlichkeit auf ein vorab bestimmtes normatives Ziel zu kritisieren. Im öffentlichen Raum proliferiert mit den Akteuren nämlich auch die normative Zielrichtung der Akteure selbst. Dies war in gewisser Weise schon immer ein Kennzeichen moderner Gesellschaften, aber zeigt sich gegenwärtig in einer neuen Qualität und Form. Die Pluralität normativer Ziele und Motivationen vervielfältigt sich in global verflochtenen und interkulturell verfassten Gesellschaften zunehmend, weshalb keine einheitliche normative Ausrichtung als Kernmerkmal der Öffentlichkeit mehr angenommen werden kann.

Deshalb kann das Ziel der Öffentlichkeit auch nicht automatisch sein, eine konsensuale Aushandlung politischer Themen zu leisten. Bei der Konzeptualisierung von Öffentlichkeit sollte deshalb »nicht ihre Kapazität zur Konfliktlösung durch aktuelle Konsensbildung oder zur Legitimation einzelner politischer Entscheidungen im Vordergrund stehen. Das ›Agora-Modell‹ politischer Entscheidungsfindung durch öffentliche Beratung ist irreführend, wenn es um größere Öffentlichkeiten geht.«¹⁰ Wenn dies z.B. mit dem Hinweis auf die kommunikative Vernunft dennoch getan wird, dann werden viele Äußerungen ausgeklammert und die Struktur und auch das Potenzial der Öffentlichkeit selbst nicht ernst genommen. Öffentliche Diskurse sind aber vielmehr durch ganz unterschiedliche Formen von Vernünftigkeit ausgezeichnet und damit auch durch sich stark unterscheidende normative Zielvorstellungen. Dies ist jedoch nicht per se ein Defizit, sondern kann eine Stärke der Öffentlichkeit sein, worauf beispielsweise radikale Demokratietheorien

9 Vgl. Fischer-Lichte, Erika: Performativität. Eine Einführung. Bielefeld: transcript 2012.

10 B. Peters: Der Sinn von Öffentlichkeit, S. 202.

in Absetzung vom Habermas'schen Konzept von Öffentlichkeit verweisen.¹¹ Wie diese neuen Formen von Öffentlichkeit philosophisch kritisiert werden können, steht auf einem anderen Blatt und muss deshalb neu diskutiert werden. Judith Butler entwickelt im Anschluss an die Kritische Theorie hierfür ein spezifisches Konzept von Kritik.¹² Dieses Konzept soll im Folgenden eingehender untersucht und auf seine Impulse für eine Weiterentwicklung des Öffentlichkeitskonzepts hin reflektiert werden.

3. Butlers Impulse für eine performative Theorie der Öffentlichkeit

Butler ist nicht nur eine Theoretikerin des Geschlechterverhältnisses, sondern auch des Gesellschaftlichen und Politischen ganz allgemein.¹³ In den vergangenen Jahren haben gerade die beiden zuletzt genannten Themenfelder einen wichtigen Stellenwert in ihren Arbeiten eingenommen. Ihr an Hegels Philosophie angelehnter Fokus liegt dabei auf einem Wechselverhältnis des Einzelnen und der Konstitution des Politischen. Daraus ergibt sich eine Konzeption von Öffentlichkeit, die sich absetzt vom (liberalen und deliberativen) Mainstream und die – bei aller berechtigten Kritik – neue Impulse für den Diskurs über eine angemessene Konzeptualisierung der (politischen) Öffentlichkeit liefern kann.

Hintergrund ihrer Theorie des Politischen im Allgemeinen und des Öffentlichen im Besonderen ist Foucaults Diskurstheorie. Dieser hatte als Ziel der philosophischen Diskurstheorie ausgemacht, eingefahrene Denkweisen immer wieder neu kritisch zu hinterfragen.¹⁴

Mit Diskurs ist dabei ein umfassendes (meist sprachlich verfasstes) Geschehen gemeint. Mit dem Begriff ist also nicht an eine in sich geschlossene Diskussion zwischen zwei Menschen gedacht, sondern er bringt vielmehr zum Ausdruck, dass Gesellschaften durch komplexe, Kommunikationen übergreifende sprachliche Formationen geprägt sind. Durch ihre sprachliche

11 Vgl. Mouffe, Chantal: Das demokratische Paradox, Wien: Turia + Kant 2008.

12 Vgl. Butler, Judith: Rücksichtlose Kritik. Körper, Rede, Aufstand, Konstanz: Konstanz University Press 2019.

13 Vgl. Posselt, Gerhard/Schönwälder-Kuntze, Tatjana/Seitz, Sergej (Hg.): Judith Butlers Philosophie des Politischen. Kritische Lektüren, Bielefeld: transcript 2018.

14 Vgl. Foucault, Michel: Von der Freundschaft, Berlin: Merve 1984, S. 22.

Strukturierung transportieren Diskurse gleichzeitig grundlegende Verständnisse von Gesellschaft oder dem Menschen. Dabei sind Diskurse immer durch bestimmte Mechanismen strukturiert. Diese legen fest, ob, was und wie etwas in einem Diskurs formuliert werden darf, also die Grenzen des Sagbaren und Denkbaren.

»Ich setze voraus, dass in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.«¹⁵

Mit der bedrohlichen Materialität, so könnte man übersetzen, ist die Eigen-
dynamik von Diskursen gemeint. Immer wieder erleben wir bis heute diese
Wirkmächtigkeit von (politischen) Diskursen, denen man sich als Bürger*in
kaum entziehen kann. Der vorurteilsbeladene (und oftmals islamophobe) Dis-
kurs über *den* Islam nach dem 11. September ist ein Beispiel hierfür.

Butler schließt an Foucaults archäologische Methode der kritischen Dis-
kursreflexion an, setzt jedoch andere Akzente, nicht zuletzt, weil Foucault
auch keinen differenzierten Begriff der Öffentlichkeit entwickelt. Den Aus-
gang nimmt Butler beim politischen Subjekt.¹⁶ Dieses steht, so Butler, vor ei-
nem Paradox: Einerseits erfährt sich das Subjekt als Handelndes, andererseits
muss es sich selbst voraussetzen als etwas, das schon immer gesellschaft-
lich geformt ist. Butler bezeichnet dieses Phänomen als Subjektivation und
meint damit den Prozess »des Unterworfen-Werdens durch Macht und zu-
gleich den Prozess der Subjektwerdung.«¹⁷ Soziale (Diskurs-)Strukturen prä-
gen das Subjekt schon immer, z.B. indem eine Kultur ein bestimmtes Vo-
kabular zur Selbstdeutung vorgibt. Gleichzeitig sind es immer Subjekte, die
innerhalb dieser Strukturen handeln und damit Machtbeziehungen aufbre-
chen können, wodurch sich bereits ein Unterschied zu Foucault (zumindest
in seinen frühen Schriften) auftut.

Um den Prozess der Subjektivation genauer zu beschreiben, verwendet
Butler den Begriff der Performativität. Mit diesem Begriff argumentiert sie,

15 Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch 1991, S. 10f.

16 Vgl. Meißner, Hanna: Jenseits des autonomen Subjekts, Bielefeld: transcript 2010.

17 Butler, Judith: Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001, S. 8.

dass die Identität des Subjekts immer wieder neu geschaffen und konstituiert wird. Menschen können dabei niemals ein objektives Wissen über ihre Identität gewinnen, diese existiert nur als ein Prozess, der sich ständig auf frühere Erfahrungen bezieht und gleichzeitig – performativ – neue Erfahrungsräume eröffnet.¹⁸ Das bedeutet allerdings nicht, dass Individuen in jedem Moment ›neue Menschen‹ sind, denn der Prozess der Subjektivation ist immer bedingt durch die Diskurse und Erfahrungen, die dem Menschen vorausgehen.

In paradigmatischer Weise lässt sich dieser Gedanke mit Rückgriff auf Butlers frühere Arbeiten zum Geschlechterverhältnis erklären. In diesen betont sie zuerst hinsichtlich der Gender-Kategorie, dass diese lediglich als eine Abfolge von Handlungen verstanden werden kann, der ein bestimmtes Etikett von außen zugeschrieben wird. Es gibt keine natürlich gegebene Identität, die hinter der geschlechtlichen Rolle steht. »Hinter den Äußerungen der Geschlechtsidentität (gender) liegt keine geschlechtlich bestimmte Identität (gender identity). Vielmehr wird diese Identität gerade performativ durch diese ›Äußerungen‹ konstituiert, die angeblich ihre Resultate sind.«¹⁹ Deshalb wird von ihr die Idee, dass es ein Wesen des Menschen hinter der geschlechtlichen Rolle gebe, als unplausibel zurückgewiesen. Vielmehr zwingt erst der gesellschaftliche Diskurs den Menschen eine geschlechtliche Identität auf. Es soll den Einzelnen glaubhaft gemacht werden, dass er/sie es ist, der/die etwas will. Die kulturellen Prägungen machen die Gender-Rollen erst zu dem, was sie sind.

Gleichzeitig betont Butler, dass auch die Kategorie des biologischen Geschlechtes nicht natürlich gegeben ist. Das biologische Geschlecht ist, mit Foucault gesprochen, ein regulierendes Ideal. Die Zuschreibung eines Geschlechts ist Teil einer sozialen Praxis, mit der menschliche Körper beherrscht werden. Das biologische Geschlecht wird daher zu einem dynamischen und prozesshaften Geschehen.

»Das ›biologische Geschlecht‹ ist [...] nicht einfach etwas, was man hat, oder eine statistische Beschreibung dessen, was man ist: Es wird eine derjenigen Normen sein, durch die ›man‹ überhaupt erst lebensfähig wird, dasjenige, was einen Körper für ein Leben im Bereich kultureller Intelligibilität qualifiziert.«²⁰

18 Vgl. ebd.

19 Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 49.

20 Ebd., S. 22.

Genauso wie die Unterscheidung zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe als Basis sozialer Diskriminierung seit vielen Jahren kritisiert wird, so argumentiert Butler für die Abschwächung einer naturalisierten Unterscheidung von Mann und Frau. Die aktuellen Erfahrungen von Rassismus und ihre kritische öffentliche Verarbeitung zeigen allerdings auch die massive gesellschaftliche (und auch bedrohliche) Wirkmächtigkeit solcher Unterscheidungen.

Sozialphilosophisch betrachtet impliziert diese Argumentation ein relationales Konzept des Sozialen, was wichtig ist für das Verständnis von Öffentlichkeit.²¹ In *Kritik der ethischen Gewalt* erläutert Butler dieses relationale Verständnis mit Verweis auf die Foucault'sche Diskurs- und Hegelsche Anerkennungstheorie.²² Sie deutet dabei das Subjekt als eines, das in ein unaufhörliches Wechselspiel des Angesprochen-Seins und Antwortens eingebunden ist. Das Angesprochen-Sein formt das Subjekt, wohingegen das Antworten den Raum des Handelns eröffnet. Das Öffentliche als sozialer Raum ist dann nicht die Summe von (atomisierten) Subjekten bzw. deren Meinungen oder Handlungen, sondern ein dynamisches Beziehungsgeschehen. Relational ist dieses Öffentlichkeitsverständnis insofern als das, was das individuelle Handeln der Bürger*innen und das Politische als kollektive Handlungsformation ausmacht, immer schon eingebettet ist in diskursive Zusammenhänge. In dieser Perspektive sind Menschen immer abhängig und unabhängig zugleich.

Diese relationale Theorie des Sozialen impliziert gleichzeitig auch eine erkenntnistheoretische Zurückhaltung in Bezug auf (soziales und politisches) Wissen, was gerade mit Blick auf die reflexive Verarbeitung der gegenwärtigen Komplexität und Dynamik öffentlicher Prozesse wichtig erscheint: Weil das Subjekt immer Teil eines relationalen Prozesses ist, kann es kein objektives Wissen über sich selbst oder die Wirklichkeit erlangen. Butler hebt heraus, dass »wir von Anfang an in einer Art von Beziehunghaftigkeit verstrickt sind, die sich nicht voll thematisieren, nicht voll der Reflexion unterwerfen und kognitiv erkennen lässt.«²³ Die Einsicht in die Relationalität des Öffentlichen korrespondiert also mit einer Beachtung der erkenntnistheoretischen Grenzen des Menschen und gleichzeitig mit einer Offenheit für die Veränderbarkeit der sozialen und politischen Wirklichkeit der Öffentlichkeit.

21 Vgl. von Redecker, Eva: Zur Aktualität von Judith Butler, Wiesbaden: VS Verlag 2011.

22 Vgl. Butler, Judith: *Kritik der ethischen Gewalt*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2003.

23 Ebd., S. 102.

Vor diesem sozialphilosophischen und epistemologischen Hintergrund entwickelt Butler nun ein alternatives Verständnis von Normativität²⁴, was ebenfalls wichtig ist für die aktuelle Debatte um Öffentlichkeit. Angesichts der vielfältigen Formen von Gewalt im 21. Jahrhundert setzt sie sich beispielsweise mit Bezug auf Levinas mit der sozialen Funktion von Normativität auseinander.²⁵ Ihrer Ansicht nach sollte die Funktion der Philosophie genau darin bestehen, Normativität nicht in abstrakt-universale Normen aufzuheben, sondern nach einer angemessenen Verantwortung angesichts der Fragilität des Anderen zu fragen. Philosophie kann damit helfen, die Macht der Diskurse zu brechen und der Singularität Raum zu geben. Gerade deswegen hilft (philosophische) Kritik, um zum unerwartet Menschlichen zurückzukehren und die Fragilität des Menschen in den Blick zu nehmen.²⁶ Wenn politische Philosophie dies nicht tut, und Normativität in möglichst eindeutige und abstrakte Ideale zu fassen versucht, steht sie immer in der Gefahr gewalttätig zu werden. Ansätze, die nur einen rationalistisch eng gefassten normativen Rahmen von Öffentlichkeit kennen, gilt es aus dieser Perspektive grundlegend zu kritisieren.

Deswegen spielt für Butler auch das Element der Kritik als Teil des Normativen eine so zentrale Rolle. Denn Kritik in der Tradition von Foucault ermöglicht für sie eine Anerkennung des relationalen Charakters menschlicher Wirklichkeit. Genau diese Relationalität wird in vielen Theorien oft zu wenig in den Blick genommen. Bei der philosophischen Reflexion von Öffentlichkeit gilt es aber, diese Relationalität anzuerkennen und im Sinne Frasers besonders die Diskriminierten in den Blick zu nehmen, d.h. jene Menschen, die aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen oder in ihr nicht gehört werden.

Butler geht mit diesem Argument über Foucault hinaus: Denn Kritik versteht sie weniger als eine historische Rekonstruktion von Singularitäten, die von den diskursiven Mechanismen der (liberalen Vernunft) vereinnahmt wurden. Kritik greift zwar auf solche Rekonstruktionen zurück, sie ist aber weniger ein neues Argument des öffentlichen Vernunftgebrauches, sondern mehr

24 Vgl. Schönwälder-Kuntze, Tatjana: »Zwischen Ansprache und Anspruch. Judith Butlers moraltheoretischer Entwurf«, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 58/1 (2010), S. 83-104.

25 Vgl. Butler, Judith: *Precarious Life. The Power of Mourning and Violence*, London, UK/New York, NY: Verso 2004.

26 Vgl. J. Butler: *Precarious Life*.

eine Haltung des politischen Subjekts selbst.²⁷ Kritik wird bei Butler zu einem dialektischen Prozess, der bei der Gegebenheit der Diskurse ansetzt und gleichzeitig über diese hinausgreift, um neue Handlungsmöglichkeiten performativ zu schaffen. Öffentlichkeit ist deswegen kein Rahmen für einen rationalen Diskurs, sondern vielmehr ein relationaler Prozess, eine kulturelle Praxis, die besonders auf die (negativen) Erfahrung des Gefährdet-Seins menschlichen Lebens und den Ausschluss aus demokratischer Praxis fokussiert. Politische Öffentlichkeit sollte Butlers Ansicht nach darauf ausgerichtet sein, genau dieser Verletzbarkeit menschlichen Lebens besondere Beachtung zu schenken. »Precarious Life« approaches the question of a non-violent ethics, one that is based upon an understanding of how easily human life is annulled.«²⁸ Dieser Fokus auf das gefährdete Leben verleiht der Verhältnisbestimmung von Öffentlichkeit und Demokratie neue Konturen.²⁹

Öffentlichkeit als Hörbarmachung der Erfahrungen des Ausgeschlossen-Seins kann dabei nicht mehr auf eine klar umgrenzte ethnische, kulturelle oder historische Gemeinschaft bezogen werden. Öffentlichkeit hat heute (fast) immer eine globale Dimension. Normativ zielt ein solches Verständnis von Öffentlichkeit vor allem auf die Sensibilisierung für weltweite Erfahrungen von Gefährdungen des Menschen und Ausschlussformationen. Öffentlichkeit ist auch in dieser Hinsicht normativ betrachtet der Ort der Kritik im Sinne des Demos der Ausgeschlossenen. Dabei erweist sich der performative Vollzug der Kritik als das Eröffnen von neuen Möglichkeitsräumen jenseits fest gefahrener politischer Diskurs- und Handlungsmuster.

Diese Überlegungen sollen beispielhaft an einer aktuellen Debatte illustriert werden, und zwar an jener über Religion im Allgemeinen und Religionsfreiheit im Besonderen. Denn in den vergangenen Jahren hat sich die Diskussion über die öffentliche Rolle der Religion als zentral herausgestellt, an der gegenwärtig auch viele gesellschaftlichen Konflikte verhandelt werden – vor allem auch in einer globalen-interkulturellen Perspektive. Zudem illustriert

27 Foucault entwickelt in seinen späten Schriften zwar auch eine solche Konzeption der Tugend der Kritik, konzeptualisiert sie allerdings mehr als individuelle Tugend der ästhetischen Existenz und weniger als eine politische Haltung.

28 J. Butler: *Precarious Life*, S. XVII; vgl. auch Rancière, Jacques: *Dissensus on Politics and Aesthetics*, London: Bloomsbury Publishing 2010.

29 Vgl. Reder, Michael: »Demokratie als experimentelle Praxis und radikale Gesellschaftskritik. Vergleich pragmatistischer und radikal-demokratischer Impulse für die Demokratietheorie«, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 72/2 (2018), S. 184-204.

dieses Beispiel auch das Verhältnis von Recht und Öffentlichkeit in der Konzeption von Butler.

Religionsfreiheit, so argumentiert Butler³⁰ mit Bezug auf Talal Asad³¹, wird durch eine (selektive) Bestimmung des öffentlichen Raums grundgelegt. Das subjektive Recht impliziert dabei ein Verständnis des Rechtssubjekts als Eigentümer*in seiner selbst, weswegen beispielsweise Mohammed-Karikaturen im liberalen Rechtskontext als Blasphemie konzeptualisiert werden mussten. Es ging dabei nicht um die politischen Implikationen über das, was der Islam ist, oder um die Unterschiede im Religionsverständnis bzw. der Glaubenspraxis selbst, sondern um die Verletzung von bestimmten Freiheits- bzw. Eigentumsrechten. Damit wird nach Butlers Meinung jedoch die zentrale Frage gar nicht gestellt, nämlich die nach dem Selbstverständnis religiöser Praktiken und ihrem wechselseitigen politischen Umgang miteinander. Stattdessen werden die politischen Implikationen des Rechts unhinterfragt angewendet, was den Konflikt eher verschärft als ihn konstruktiv zu bearbeiten.

Radikaldemokratisch geht es in Butlers Perspektive weniger um die Auslegung und Anwendung subjektiver Rechte angesichts der gegenwärtigen Aufmerksamkeit für Religion, sondern vielmehr um einen öffentlichen Streit um das Religionsverständnis selbst, den Autor*innen wie Habermas *per se* als außerhalb der Philosophie liegend verortet haben. Damit wird deutlich, welcher großer Stellenwert der politischen Öffentlichkeit in dieser Perspektive zukommt: sie ist das Fundament der Demokratie. Politisierungsprozesse über Religion, so die Übertragung auf das Beispiel, d.h. politische Debatten darüber, was Religion z.B. überhaupt ist, sind nach Butler deshalb gerade in gegenwärtigen Zeiten besonders wichtig. Angesichts vielfältiger Konflikte um Religion sollten Demokratien sich nicht nur dem scheinbar neutralen Recht und seiner Heuristik beugen, sondern den Streit über die Differenzen von Religionen in den Blick nehmen, um genau diese dem Recht selbst wieder zuführen zu können. Dies ist entscheidend in einer globalisierten Welt, in der sich die Pluralität von Praktiken und diskursiven Deutungen ständig neu vervielfältigt.

30 Vgl. Butler, Judith: »The Sensibility of Critique: Response to Asad and Mahmood«, in: Talal Asad/Wendy Brown/Judith Butler/Saba Mahmood (Hg.): *Is Critique Secular? Blasphemy, Injury, and Free Speech*, Berkeley: University of California Press 2009, S. 101-145.

31 Vgl. Asad, Talal: »Free Speech, Blasphemy and Secular Criticism«, in: ders./Wendy Brown/Judith Butler/Saba Mahmood (Hg.): *Is Critique Secular?*, S. 20-63.

Die Debatte über die Bedeutung des Rechts in Bezug auf religiöse Subjekte ist beispielhaft hierfür. Alice Schwarzer hatte in diesen Debatten beispielsweise sehr polemisch (und wenig überzeugend) gegen Judith Butler argumentiert.³² In Schwarzers Perspektive sind Religionen, die Menschenrechte und Religionsfreiheit im strikten westlichen Verständnis interpretieren, *per se* negativ zu bewerten. Butler betont am Beispiel des Kopftuchs demgegenüber, dass man mit vorschnellen Wertungen über Religion (in diesem Fall: über den Islam) aus der Perspektive des vermeintlich universalen Rechts eher zurückhaltend sein sollte.

»Even if one stayed within the problematic framework of that universalism, it would be difficult to come up with a coherent and noncontradictory criterion for why transgendered people should be protected against police violence and given every right to appear in public while Muslim women, but neither Christian nor Jewish women who may be engaged in wearing religious insignants, are to be deprived of the right to appear in public in ways that signify their religious affiliation and belonging. If rights can be universalized only for those who abide by secular norms, or who belong to religions that are deemed eligible for protection under the law, then surely the ›universal‹ has become emptied of meanings, worse, has become an instrument for discrimination, racism, and exclusion.«³³

Für Butler markiert die Forderung nach einer (scheinbar absoluten) Anerkennung subjektiver Rechte die unverrückbare Grenze zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, die sich bei genauerer Analyse aber alles andere als eindeutig zeigt. Wendy Brown formuliert deshalb zugespitzt, dass gegenwärtig der Islam immer mehr als Extremfall des Religiösen und damit als Antipode zur liberalen Demokratie konzeptualisiert wird, ohne danach zu fragen, ob diese Konzeptualisierung überhaupt begründbar ist.³⁴ Butler plädiert in diesem Zusammenhang für eine vorurteilsfreie Reflexion der Vielfalt des Religiösen, um der pluralen Lebenswirklichkeit der Menschen und ihren Selbst-

32 Vgl. Butler, Judith/Hark, Sabine: Gender Studies: Die Verleumdung, in: <https://www.zeit.de/2017/32/gender-studies-feminismus-emma-beissreflex/komplettansicht> vom 25.11.2019; Schwarzer, Alice: »Gender Studies: Der Rufmord«, <https://www.zeit.de/2017/33/gender-studies-judith-butler-emma-rassismus/komplettansicht> vom 19.11.2019.

33 Butler, Judith: Notes Toward a Performative Theory of Assembly, Cambridge, MA: Harvard University Press 2015, S. 59.

34 Vgl. Brown, Wendy: »Wir sind jetzt alle Demokraten...«, in: Giorgio Agamben (Hg.): Demokratie? Eine Debatte, Berlin: Suhrkamp 2012, S. 55-71.

deutungen überhaupt gerecht werden zu können. Öffentlichkeit, so lässt sich schlussfolgern, geht sowohl dem Recht als auch den demokratischen Institutionen voraus und ist immer auf einen vitalen Streit über die Grundkategorien des Sozialen und Politischen verwiesen. Dieser Impuls wurde bereits vor gut 100 Jahren in pragmatistischen Theorien der Öffentlichkeit formuliert (vgl. John Dewey) und findet auch heute mehr und mehr Einzug in die Deutung (post-)moderner Öffentlichkeiten.³⁵

Viele der vorangegangenen Überlegungen münden in dem Werk *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*³⁶ in eine Konzeption (politischer) Öffentlichkeit, die den verschiedenen Bedingungen der Ausgangsdiagnose und den neuen Merkmalen von Öffentlichkeit entsprechen. In Anlehnung an die Performativität des Subjekts ist auch die Öffentlichkeit für Butler nichts Statisches. Öffentlichkeit entsteht nur im Prozess des Vollzuges – sie ist Performativität. Öffentlichkeit ist damit nicht nur ein rationaler Diskurs ausgewählter und klar identifizierbarer Akteure, sondern Ausdruck von Differenz und Prozessualität. Das Politische zeigt sich als pluraler Streit und manifestiert sich performativ. Und dieser Streit der Differenz verlagert sich an ganz unterschiedliche Orte, Foren und mediale Formen.³⁷

Entsprechend dem skizzierten Verständnis von (politischer) Normativität ist das Ziel dieses Vollzugs die Kritik bestehender hegemonialer Strukturen im Feld des Sozialen, Politischen und Ökonomischen. Die performativen Praktiken des Politischen setzen dabei an den etablierten Strukturen an und versuchen, diese gleichzeitig zu überwinden.

»Many of the massive demonstrations and modes of resistance [...] seize upon an already established space permeated by existing power, seeking to sever the relations between the public space, the public square, and the existing regime.«³⁸

Öffentliche Kritik als performative Form des Widerstandes entsteht also nicht als eine *creatio ex nihilo*, sondern sie setzt immer bei den Spannungen an, die durch bestehende politische Strukturen und Diskurse bereits provoziert

35 Vgl. Kaelin, Lukas: »Das politische Denken unter den Bedingungen der medialen Öffentlichkeit«, in: Murat Ates et al. (Hg.): *Orte des Denkens – Places of Thinking*, Freiburg i.Br.: Alber 2015, S. 393-405.

36 Vgl. Butler, Judith: *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*, Berlin: Suhrkamp 2016.

37 Vgl. Krämer, Sybille: *Performativität und Medialität*, München: Fink 2004.

38 J. Butler: *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*, S. 85.

wurde. Öffentliche Kritik hat dabei immer etwas Widerständiges wie gerade die vielfältigen Demonstrationen weltweit in den vergangenen Jahren zeigen. Dies gilt für alle Kulturen gleichermaßen, angefangen von den USA und Europa über den arabischen Raum bis hin zu lateinamerikanischen Bewegungen.

Das politische Ziel dieser widerständigen Performativität ist eine andere Welt, allerdings nicht gefasst in eindeutig universalisierbarer Normen, sondern wiederum als ein prozedurales Geschehen. Dabei fokussiert Butler vor allem auf den gewaltfreien Widerstand, der ihrer Ansicht nach in besonderer Weise dem normativen Fokus auf das gefährdete Leben verpflichtet ist.

»Nonviolent resistance requires a body that appears, that acts, and that in its action seeks to constitute a different world from the one it encounters, and that means encountering violence without reproducing its terms. It does not just say no to a violent world, but crafts the self and its relation to the world in a new way, seeking to embody, however provisionally, the alternative for which it struggles.«³⁹

Öffentlichkeit kann vor diesem Hintergrund dann als der unabschließbare und sich ständig performativ neu vollziehende Prozess des Hörbarmachens der Ausgeschlossene konzeptualisiert werden, der auf eine alternative politische Gesellschaft abzielt.⁴⁰

Die Performativität der Öffentlichkeit in der Versammlung manifestiert sich dabei nicht (nur) als ein Diskurs, sondern als ein körperliches Geschehen.⁴¹ Indem Menschen auf die Straße gehen, sich massiven Risiken aussetzen, um öffentlich Ausgeschlossene hörbar zu machen, bekommt die Öffentlichkeit eine zentrale Dimension: die der körperlichen Performativität. Hinter dieser steht nicht notwendig eine klare (oder rationale) politische Strategie. Öffentliche Proteste stellen im wahrsten Sinne des Wortes dem gesellschaftlichen Mainstream (z. B. einer nicht nachhaltigen Klimapolitik) etwas körperlich entgegen. Sie machen politische Anliegen durch körperliche Präsenz öffentlich und wirken dadurch transformativ. Gerade diese zentrale Bedeutung der körperlichen Performanz zeigt sich in der gegenwärtigen *Fridays for Future*

39 Ebd., S. 187.

40 Vgl. ebd., S. 66ff.

41 Vgl. Posselt, Gerald: »Politiken des Performativen. Butlers Theorie politischer Performativität«, in: ders./Tatjana Schönwälder-Kuntze/Sergej Seitz (Hg.): Judith Butlers Philosophie des Politischen, S. 45-70.

Bewegung. Obwohl alle Fakten seit langer Zeit auf dem Tisch liegen und tausende Wissenschaftler*innen viele kluge Argumente und Strategien in den politischen Prozess eingespeist haben, entwickelte die körperliche Präsenz von Schüler*innen einen starken (welt-)politischen Impuls. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv diese Proteste mittel- und langfristig sein werden, aber sie haben sicherlich zu einer größeren Aufmerksamkeit für die Klimathematik geführt, hinter die Politiker*innen heute nicht mehr vollständig zurück können. Dies belegt die körperliche Dimension der Performanz des Öffentlichen eindrucksvoll.

Jede Form der performativen Versammlung ist dabei allerdings immer nur ein Ausschnitt. Es gibt keine umfassende Einheit der Öffentlichkeit mehr. Das haben natürlich auch Rawls oder Habermas gesehen, trotzdem fassen Autor*innen wie Butler die Heterogenität der Öffentlichkeit auf der analytischen Ebene noch klarer als ein Strukturmoment der Öffentlichkeit selbst. Differenz ist der einzig sinnvolle Modus der Öffentlichkeit. Deswegen sollte heute stärker von Öffentlichkeiten gesprochen werden und in politisch-philosophischen Theorien auf die (formale und inhaltliche) Vielfalt innerhalb dieser Öffentlichkeiten geachtet werden. Widerstand ist immer »eine verkörperte kollektive Form dieses Urteils unter Bedingungen, unter denen es nicht das eine Kollektivsubjekt gibt.«⁴² Öffentliche Praktiken des Widerstandes sind immer heterogen, gerade auch in ihrem körperlichen Ausdruck. Der Tahrir-Platz als Nukleus des Arabischen Frühlings ist ein eindruckliches Beispiel hierfür, denn hier versammelten sich sehr unterschiedliche Gruppierungen mit divergierenden Zielen (angefangen von Muslimbrüdern über Frauen-NGOs bis hin zu Ultra-Fußballgruppen).

»So if we let this developing example guide our thinking, then no one popular assembly comes to represent the entirety of the people, but each positing of the people through assembly risks or invites a set of conflict that, in turn, prompt a growing set of doubts about who the people really are. After all, let us assume that no *one* assembly can rightly become the basis for generalizations about *all* assemblies.«⁴³

Dieses Argument Butlers demonstriert nicht nur die Heterogenität von Öffentlichkeit, sondern noch einen letzten wichtigen Aspekt: Jede performative Form der Öffentlichkeit ist in normativer Hinsicht immer auch ambivalent. Es

42 J. Butler: Rücksichtslose Kritik, S. 139.

43 J. Butler: Notes Toward a Performative Theory of Assembly, S. 155.

gibt keinen einheitlichen universalen normativen Rahmen jenseits des Fokus auf das Gefährdetsein mehr. Und auch dieser wird im politischen Geschehen der Öffentlichkeit immer wieder verzerrt oder gar missachtet. Dies spricht jedoch nicht grundsätzlich gegen Butlers Perspektive auf Öffentlichkeit, sondern vielmehr dafür – gerade um für die Reflexion öffentlicher Bewegungen und Praktiken wiederum eine Kritikform bereitzustellen. Denn Öffentlichkeit ist auch in Butlers Sichtweise nicht per se positiv, sondern kann immer ambivalente Züge annehmen. Analog zu ihren allgemeinen Reflexionen zur Normativität und zur Kritik ethischer Gewalt geht es jedoch auch bei der Kritik der Öffentlichkeit nicht um eine Bezugnahme auf universale normative Prinzipien. Stattdessen fokussiert Butler – auch hier in der Tradition der Kritischen Theorie stehend – auf ein Verständnis von Kritik, das sich an der Stimme der Ausgeschlossenen und prekären Lebensformen orientiert und vor diesem Hintergrund jede Form öffentlicher Bewegung wieder neu einer kritischen Prüfung unterzieht.

4. Fazit

Die Frage nach der Öffentlichkeit ist gegenwärtig eine Gretchenfrage der Sozial- und politischen Philosophie. Die durch Pluralisierung, Digitalisierung und Globalisierung angestoßenen Veränderungen betreffen die Öffentlichkeit massiv – sowohl in ihrer Form als auch ihrem Inhalt. Deswegen erweist sich die Beschäftigung mit der Öffentlichkeit auch als so produktiv für die Philosophie als Ganze. Dabei dominieren allerdings nach wie vor liberale und deliberative Konzepte von Öffentlichkeit den akademischen Diskurs. Auch wenn diese Modelle auf viele wichtige Aspekte aufmerksam machen, so scheinen angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen strukturelle Erweiterungen dieser Modelle sinnvoll und notwendig – gerade auch um die globale und hybride Form von Öffentlichkeit der Gegenwart theoretisch zu verarbeiten. Ansonsten läuft das Konzept selbst Gefahr, einem zu eng gefassten Verständnis des Politischen verhaftet zu bleiben.

Butlers Konzept des Politischen und Öffentlichen erscheint hierfür ein Ansatzpunkt zu sein. Ihre Pädoyers für eine Weitung des Begriffs des Sozialen im Sinne der Relationalität und für einen differenztheoretischen Begriff des Politischen im Sinne eines kritischen Verständnisses erweisen sich gerade angesichts der gegenwärtigen Probleme (westlicher) Demokratien als produktiv. Mit der Theorie der Performativität betont sie zudem stärker den pro-

zedualen und offenen Charakter des Öffentlichen, der zudem einen starken körperlichen Aspekt aufweist. Damit werden wichtige Akzentverschiebungen im Vergleich zu traditionellen Modellen von Öffentlichkeit vorgenommen, die insgesamt betrachtet wichtige Impulse zum Verstehen öffentlicher Dynamiken und deren theoretische Konzeptualisierungen leisten.

Natürlich bleibt auch bei diesem Begriff der Öffentlichkeit eine grundlegende Ambivalenz. Einerseits wird nämlich auch in dieser Theorieperspektive Öffentlichkeit als ein wichtige Dimension des Demokratischen verstanden und damit normativ positiv beurteilt. Andererseits wird leicht ersichtlich, dass mit einem solchen weiten Verständnis des Politischen und Öffentlichen auch eine Kritik öffentlicher Praktiken schwieriger wird. Denn es wird ja gerade die Differenz und Pluralität als ein positives Strukturmoment interpretiert. Wie lassen sich dann aber Ambivalenzen politischer Umbrüche (z.B. im Kontext des Arabischen Frühlings) interpretieren? Oder noch schwieriger: Wie können neue rechte Bewegungen, die sich in ihrem Selbstverständnis ja gerade als die Stimme der Ausgeschlossenen verstehen, gedeutet werden? Kann Butler für die Beurteilungen solcher Formen dennoch ein überzeugendes Bewertungskriterium anbieten?

Einerseits kann sie das, denn gerade der Fokus auf das Gefährdetsein ermöglicht eine grundlegende Kritik all jener Praktiken, die sich zwar als Demos verstehen, aber selbst auf vielfältige Diskriminierungs- und Ausschlussmechanismen abzielen. Das normative Kriterium wäre gerade die fundamentale Kritik all dieser Praktiken, Bewegungen und Äußerungen und der politische Streit mit diesen.⁴⁴ Andererseits aber bietet Butlers Ansatz kein letztes Prinzip mehr an. Auch die Gefährdungen stellen sich oft erst performativ her und verschieben sich ständig. Die Philosophie kann auf diese gesellschaftliche Ausgangslage aber nicht mit eindeutigen normativen Prinzipien oder mit homogenen Großkonzepten mehr darauf antworten. Die normative Einheit der Öffentlichkeit ist eine Illusion. Dagegen ist ihre Vervielfältigung und der damit ausgelöste Streit ein grundlegendes Element ihres Vollzug. Die Philosophie verliert damit (vielleicht) die früher fast priesterlich vorgetragene Garantie universaler Normativität. Dafür entwickelt sie aber ein kritisches

44 Heindl, Alexander/Stüber, Karolin-Sophie: »Die Pluralität von Solidaritäten und Formen der Kritik«, in: SWS-Rundschau 59/4 (2019), S. 275-293.

Potenzial im Sinne einer sich ständig neu eröffnenden Perspektive auf das Öffentliche selbst. Eine solche kritische Haltung steht der Philosophie in den gegenwärtigen Diskussionen um ein überzeugendes Modell von Öffentlichkeit gar nicht schlecht an.